

Anlage 2

„Vertraulichkeits- vereinbarung“

zum Rahmenvertrag über Druck- und
Kuvertiererstellungsleistungen

zwischen

<Firma XYZ>
<Straße>
<PLZ> <Ort>

(nachfolgend „XYZ“ genannt)

und

rku.it GmbH
Westring 301
44629 Herne

(nachfolgend „rku.it“ genannt)

(nachfolgend gemeinschaftlich „Parteien“ genannt)

1 Gegenstand der Vereinbarung

- 1.1 Ziel dieser Vereinbarung ist der Schutz vertraulicher Informationen, die die Parteien im Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag über Druck- und Kuvertiererstellungsleistungen oder einem unter seiner Geltung geschlossenen Einzelvertrag, einschließlich des jeweiligen Zustandekommens, miteinander austauschen.
- 1.2 Diese Vereinbarung findet Anwendung, wenn und soweit eine Partei („Informationsgeber“) der anderen Partei („Informationsempfänger“) Informationen übermittelt.
- 1.3 Als vertrauliche Informationen gelten sämtliche Informationen, Daten, Pläne, Unterlagen und jegliches Material gleich welcher Natur, sowie anderes Wissen, welche dem Informationsempfänger in mündlicher, schriftlicher, magnetischer, digitaler oder sonstiger Form zugänglich gemacht wurden oder werden oder welche der Informationsempfänger im Rahmen von Gesprächen, Überprüfungen oder in sonstiger Weise erlangt hat, unabhängig davon, ob diese ausdrücklich als „Vertraulich“ gekennzeichnet wurden, sofern sie ihrer Natur nach oder aufgrund der Umstände ihrer Offenlegung als vertraulich anzusehen sind. Dies gilt insbesondere für Informationen, die vom Informationsgeber ausdrücklich mindestens als „Vertraulich“ gekennzeichnet wurden oder wenn im Falle einer mündlichen Übermittlung zum Zeitpunkt der Übermittlung an den Informationsempfänger auf deren Vertraulichkeit nachweislich hingewiesen wurde. Als vertrauliche Informationen gelten weiterhin auch Informationen, die ein objektiver Dritter als schützenswert und deshalb als vertraulich zu behandeln ansehen würde. Die Regelungen dieser Ziffer 1 gelten auch, wenn vertrauliche Informationen nicht unmittelbar durch den Informationsgeber, sondern durch einen im Auftrag des Informationsgebers tätigen Berater oder einen legitimierten Dritten übermittelt werden. Diese Dritten sind dem Informationsempfänger in Textform bekannt zu machen.
- 1.4 Die Vertraulichkeitsverpflichtung entfällt, wenn der Informationsempfänger nachweist,
 - 1.4.1 dass ihm eine bestimmte Information bereits bekannt war, bevor die Zusammenarbeit mit dem Informationsgeber begonnen wurde,
 - 1.4.2 dass er diese Information von einer anderen, dazu berechtigten dritten Partei erhalten hat oder
 - 1.4.3 die Information allgemein zugänglich war, ohne dass der Informationsempfänger für diese allgemeine Zugänglichkeit verantwortlich ist.

2 Vertraulichkeitsverpflichtung

- 2.1 Der Informationsempfänger verpflichtet sich,
 - 2.1.1 für den Schutz der vertraulichen Informationen vor Weitergabe, Veröffentlichung oder Verbreitung dieselbe Sorgfalt und Verschwiegenheit aufzuwenden wie für eigene vertrauliche Informationen, deren Weitergabe, Veröffentlichung oder Verbreitung er nicht wünscht und
 - 2.1.2 die vom Informationsgeber erhaltenen vertraulichen Informationen nur für die Zwecke zu nutzen, für die sie übermittelt wurden, oder ansonsten nur zum Vorteil des Informationsgebers.
- 2.2 Der Informationsempfänger ist berechtigt, die vertraulichen Informationen weiterzugeben an:
 - 2.2.1 Eigene Mitarbeiter sowie Mitarbeiter von mit dem Informationsempfänger verbundener Unternehmen im Sinne von § 15 AktG, jedoch ausschließlich in dem Umfang, in dem diese aus zwingenden geschäftlichen Gründen für die Durchführung des jeweiligen Zwecks der Offenlegung Kenntnis von den jeweiligen vertraulichen Informationen benötigen; und
 - 2.2.2 sonstige Dritte nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Informationsgebers.
- 2.3 Vor Weitergabe an oben genannte Personen müssen diese in entsprechender Weise gegenüber dem Informationsempfänger zur Einhaltung der in dieser Vereinbarung für die Behandlung vertraulicher Informationen getroffenen Regelungen verpflichtet worden sein.
- 2.4 Der Informationsempfänger haftet für die Verstöße von Dritten, an die er vertrauliche Informationen weitergegeben hat, gegen die Regelungen dieser Vereinbarung wie für eigene Verstöße. Dies gilt auch für Verstöße von Erfüllungsgehilfen Dritter, an die vertrauliche Informationen weitergegeben wurden.
- 2.5 Sofern gesetzliche Bestimmungen oder gerichtliche oder behördliche Anordnungen dies zwingend erfordern, ist der Informationsempfänger berechtigt, unter diese Vereinbarung fallende vertrauliche Informationen weiterzugeben.
- 2.6 Er verpflichtet sich jedoch, den Informationsgeber unverzüglich zu benachrichtigen, damit dieser die Möglichkeit hat, eine einstweilige Verfügung gegen diese Weitergabeverpflichtung zu erwirken.

3 Dauer der Vertraulichkeitsverpflichtung

- 3.1 Die Vertraulichkeitsverpflichtung bleibt für 24 Monate nach Beendigung der Zusammenarbeit in Kraft.
- 3.2 Für Geschäftsgeheimnisse im Sinne des Geschäftsgeheimnisgesetzes (GeschGehG) gilt die Vertraulichkeitsverpflichtung zeitlich unbeschränkt.

4 Gewährleistungs- und Haftungsausschluss

- 4.1 Der Informationsgeber übernimmt keine Gewährleistung im Zusammenhang mit den zur Verfügung gestellten vertraulichen Informationen, insbesondere nicht für deren Richtigkeit, Vollständigkeit, Aktualität oder Verwendbarkeit. Der Informationsgeber übernimmt auch keine Haftung für Schäden, die durch die Nutzung der unter dieser Vereinbarung übermittelten Informationen entstehen. Dieser Haftungsausschluss gilt nicht für Vorsatz.
- 4.2 Durch diese Vereinbarung oder durch im Rahmen dieser Vereinbarung zur Verfügung gestellte vertrauliche Informationen werden keine Lizenzen für gewerbliche Schutzrechte (einschließlich Patente) und keine Nutzungs- und Verwertungsrechte für urheberrechtlich geschützte Informationen erteilt.
- 4.3 Die Haftung der Parteien auf Schadensersatz – gleich aus welchem Rechtsgrund – ist im Übrigen ausgeschlossen, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften die Parteien nur bei Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) und beschränkt auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden. Eine Haftung für entgangenen Gewinn, mittelbare Schäden, Folgeschäden sowie sonstige reine Vermögensschäden ist ausgeschlossen. Zwingende gesetzliche Haftungstatbestände bleiben hiervon unberührt.

5 Rückgabe/Vernichtung von vertraulichen Informationen

- 5.1 Der Informationsempfänger verpflichtet sich, auf seine Kosten unverzüglich nach Beendigung des Rahmenvertrag über Druck- und Kuvertiererstellungsleistungen alle vom Informationsgeber erhaltenen vertraulichen Informationen, soweit sie in schriftlicher, auf Datenträger gespeicherter oder sonstiger verkörperter Form vorliegen, einschließlich aller Mehrfertigungen und Kopien an den Informationsgeber zurückzugeben oder zu vernichten bzw. zu löschen. Über die Vernichtung ist der Informationsgeber zu unterrichten.
- 5.2 Vorstehende Verpflichtungen stehen unter dem Vorbehalt, dass der Informationsempfänger vertrauliche Informationen insoweit und so lange aufbewahren darf, wie er gesetzlich oder aus hoheitlichen Gründen dazu verpflichtet ist.
- 5.3 Verpflichtungen aus Ziffer 5.1 finden keine Anwendung, soweit die Löschung im Rahmen einer Datensicherung angefertigter Sicherungskopien für den Informationsempfänger mit einem zumutbaren Aufwand nicht möglich ist. In diesem Fall gilt die vertragsgegenständliche Geheimhaltungsverpflichtung für die gesamte Dauer der Verwahrung. Dem Informationsempfänger ist jegliche Nutzung oder Abrufung der vertraulichen Informationen während der Dauer der Verwahrung untersagt. Er hat sicherzustellen, dass ein Zugriff Dritter auf die vertraulichen Informationen unterbleibt.

6 Eigentums- und Nutzungsrechte an vertraulichen Informationen

- 6.1 Der Informationsempfänger kann aus der Offenlegung der vertraulichen Informationen keinerlei Rechte ableiten, die über die Rechte nach dieser Vereinbarung hinausgehen.
- 6.2 Insbesondere sind jegliche Nutzungs- und/oder Verwertungsrechte an vertraulichen Informationen, die dem Informationsempfänger zugänglich gemacht wurden, ausgeschlossen.

7 Verletzung der Vertraulichkeitserklärung

- 7.1 Für jeden einzelnen Fall der Verletzung einer Verpflichtung des Informationsempfängers nach dieser Vereinbarung verpflichtet sich der Informationsempfänger zur Zahlung einer vom Informationsgeber nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) festzusetzenden Vertragsstrafe von mindestens EUR 50.000,- (in Worten: fünfzigtausend Euro) an den Informationsgeber, insgesamt jedoch höchstens EUR 500.000 (in Worten: fünfhunderttausend Euro) pro Kalenderjahr. Die Ausübung des Ermessens kann auf Betreiben des Informationsempfängers gerichtlich kontrolliert werden. Die Verpflichtung zur Zahlung einer Vertragsstrafe gilt nicht, wenn der Informationsempfänger die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.
- 7.2 Sonstige Ansprüche und Rechte des Informationsgebers, insbesondere auf Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung, Schadensersatz und/oder Unterlassung der Zuwiderhandlung, und ihre Durchsetzung, auch im Wege vorläufigen Rechtsschutzes, werden durch die Zahlung der Vertragsstrafe nicht berührt, jedoch ist die Vertragsstrafe auf etwa zu zahlenden Schadensersatz anzurechnen.

8 Datenschutz/ DSGVO

- 8.1 Die Parteien verpflichten sich, im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung sämtliche anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), einzuhalten. Sie verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich im gesetzlich zulässigen Umfang.
- 8.2 Verarbeiten die Parteien personenbezogene Daten im Auftrag der jeweils anderen Partei, schließen sie vor Beginn der Verarbeitung eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO ab. Ohne eine entsprechende Vereinbarung erfolgt keine Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag.

9 Allgemeines

- 9.1 Diese Vereinbarung verpflichtet keine der Parteien zur Übergabe oder Entgegennahme von vertraulichen Informationen.

- 9.2 Keine der Parteien ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung der anderen Partei berechtigt, Rechte oder Pflichten aus dieser Vereinbarung abzutreten oder auf andere Weise zu übertragen.
- 9.3 Diese Vereinbarung gibt die Vereinbarungen über den Austausch von vertraulichen Informationen zwischen den Parteien vollständig und abschließend wieder. Mündliche Abreden und Nebenabreden bestehen nicht. Sie ersetzt alle diesbezüglichen zuvor getroffenen mündlichen oder schriftlichen Absprachen zwischen den Parteien.